

# Halle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 542.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Wanngebühren für Halle und Querfurt 2.50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beliefern: Sächsischer Courter (eiglt. Heftenbeil.), 31. Unterbringungsblatt (Sonntagsbeil.), Rembe, Mittelungen.

Zweite Ausgabe

Einzelgebühren für die halbjährliche Postzeitung oder deren Stamm für Halle und den Saalkreis 20 Mk., auswärts 25 Mk. Bestellungen am Schluß des redaktionellen Teils die Seite 100 Mk. Einzelannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Fernschreibungsstellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 u. 62. Telefon 155 u. 158; Redaktionstelefon 1572. Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Freitag, 17. November 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telefon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Zschwie in Halle a. S.

### Die Selbständigkeit des Reichskolonialamts.

Wichtig ist, daß bei den ersten Erörterungen über die Schaffung eines selbständigen Reichskolonialamts im März 1906 von verschiedenen Seiten das Bedenken geäußert wurde, ein solches selbständiges Reichsamt für unsere Kolonien herge die Gefahr von Meinungsverschiedenheiten und dem Auswärtigen Amt in sich und damit die Gefahr einer Beeinträchtigung der Einheitlichkeit der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten. Es wurde namentlich auf die vielen Erfahrungen hingewiesen, die man in dieser Beziehung in Frankreich gemacht habe. Der damalige Reichskanzler Fürst Bülow wußte dieses Bedenken, aber für die Mehrzahl der Parteien im Reichstage einmal durch den Hinweis darauf, daß bei allen Fragen, bei denen es sich um unsere Beziehungen zum Ausland handelte, stets die wichtigsten Reichsinteressen den Ausschlag geben würden, dann aber auch durch die Hervorhebung der Vorteile zu gerechtfertigen, die die Schaffung eines selbständigen Reichskolonialamts für unsere gesamte Kolonialpolitik mit sich bringen würde. Fürst Bülow erklärte damals u. a. folgendes: „Seien Sie versichert, daß weder ich noch irgend einer meiner künftigen Nachfolger die Einheitlichkeit der Leitung unserer auswärtigen Politik durch die Errichtung eines selbständigen Reichskolonialamts auch nur in minderen Teilen lassen wird.“ Für die konservativen, die Reichspartei, die Nationalliberalen und die Freisinnigen war die Erklärung des Reichskanzlers ausreichend, um etwa noch vorhandene Bedenken hinter die Vorzüge der geplanten Neuorganisation zurücktreten zu lassen, während das Zentrum — ob nicht aus noch anderen Gründen, lassen wir dahingestellt — und die Sozialdemokratie an ihrem Überdruß scheiterten. Durch eine Zustimmungsabstimmung damals der Plan eines selbständigen Reichskolonialamts zu Fall, und erst im Mai des folgenden Jahres, im neuen Reichstage, wurde er zur Durchführung gebracht.

Ueber den Nutzen, den die Selbständigmachung des Kolonialamts für unsere Kolonien und für unsere gesamte Kolonialpolitik gehabt hat, kann wohl kein Zweifel obwalten. Andererseits hat sich jetzt die Befürchtung bewahrheitet, die bezüglich der Möglichkeit von Differenzen zwischen der Leitung unserer auswärtigen Politik und der zur speziellen Wahrung unserer kolonialen Interessen bestehenden Reichsbehörde auf verschiedenen Seiten geäußert wurde. Es ist gewiß bedauerlich, daß die erste Differenz gleich die denkbar schärfste Form angenommen und mit dem nächsten Schritt des verächtlichen bisherigen Leiters unserer kolonialen Angelegenheiten genendet hat, aber es ist doch noch sehr fraglich, ob aus diesen Vorgängen ein durchschlagendes Argument gegen die Selbständigkeit des Reichskolonialamts zu schöpfen ist. Es hat sich unabweisbar gezeigt, daß das Auswärtige Amt nach der Resolution des Fürsten Bülow sehr wohl in der Lage ist, auch bei der jetzigen Ordnung der Dinge die Interessen der auswärtigen Politik zur Geltung zu bringen und die Einheitlichkeit der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten bis aufs äußerste zu wahren. Es hat sich aber auch eben unabweisbar gezeigt, wie wertvoll und wichtig es unter Umständen sein kann, daß wir eine dem Auswärtigen Amt gleichgeordnete Stelle haben, die sich speziell der Wahrung unserer kolonialen Interessen annimmt. Alles Gerede von einer „lebhaft reformfähigen“ Auffassung der Frage gegenüber einem „höheren Standpunkte“ hat da seinen Hintergrund.

Unseres Erachtens legen gerade die Vorgänge der letzten Wochen die Notwendigkeit nahe, die Frage der Stellung des Reichskolonialamts, sollte sie überhaupt ernstlich aufgeworfen werden, nicht leichtsinig auf Grund einer einzelnen Unliebsamkeit in die Erscheinung getretenen Meinungsverschiedenheit zwischen diesem Amt und der Leitung unserer auswärtigen Angelegenheiten zu entscheiden, sondern nur auf Grund der allerorts herrschenden Erwägungen aller in Betracht kommenden Momente. Meinungen zwischen zwei Reichsämtern lassen sich überwinden, eine Verfeinerung der Vertretung unserer kolonialen Interessen aber würde einen dauernden Schaden für diese bedeuten.

### Das deutsch-französische Abkommen in der Budgetkommission.

Nachdem die Budgetkommission des Reichstags am 15. cr. die staatsrechtliche Seite des deutsch-französischen Abkommens erledigt hatte, trat man gestern in die materielle Verhandlung des Abkommens ein. Zu Beginn der Sitzung gab Herr v. Hertling folgenden, auf keinen vorgelegten angenommenen Antrag bezügliche Erklärung ab:

„Wir haben uns schon oft über irrtümliche Verständigungen über Verhandlungen der Budgetkommission in der Presse zu beklagen gehabt. Ich muß heute einen Fall zur Sprache bringen, der über das Maß des Erlaubten hinausgeht. Den Herren sind die Vorgänge in der vorgelagerten Sitzung erwidert. Die Herren wissen, daß ein Antrag, der meinen Worten entspricht, und von allen meinen Freunden unterstützt war, dem Plenum vorlag. Derselbe bezüchtigte, durch eine Abänderung des Gesetzes über die Schuldgebote eine Lösung der uns beschäftigenden Frage pro

uturo herbeizuführen. Daß wir über die Fassung unseres Antrags mit uns würden werden lassen, hatten wir deutlich zu erkennen gegeben. In der vorgelagerten Sitzung erklärte der Herr Staatssekretär des Innern unseren Antrag als den zweckmäßigsten, doch bedürfte derselbe einer anderen Fassung. Der Herr Staatssekretär legte seine solche Fassung vor und überging mir dieselbe. Ich sagte meinen Herren, daß ich mich nicht aus Courtoisie den zufällig in meiner Weise stehenden Abgeordneten Wähler (Meinungen), der einen in gleicher Richtung sich bewegenden Antrag handschriftlich in der Kommission eingebracht hatte, auf, seinen Namen gleichfalls darunter zu setzen. Wenn nun in einer Berliner Zeitung die Sache so dargestellt wird, als habe das Zentrum den von der fortschrittlichen Volkspartei gestellten Antrag abgelehnt, so widerspricht das dem tatsächlichen Geschehen.“

Zu Beginn der jochischen Beratung gab der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Aderlen-Wächter einen Nachtrag zum Kongoproposal bekannt, dessen Wortlaut wir bereits telegraphisch in Nr. 541 der „Halle. Ztg.“ mitteilten. Auf Zweifel wegen der Grenzgebung im Süden von Spanisch-Guinea bemerzte der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Aderlen-Wächter, daß unsere Grenze ein ziemlich Stück südlich des spanischen Gebietes vorbeiehe, der spanische Kolonialbesitz jedoch eine vollständige Enklave sei. Auf eine weitere Anfrage erwiderte der Staatssekretär, daß Deutschland bereits aus früherer Zeit ein Vorkaufsrecht auf Fernando Po besitze. Es entwickelte sich sodann eine längere Debatte über die Bedeutung des Begriffes „Vorkaufsrecht“.

Staatssekretär v. Aderlen-Wächter bemerkte auf eine Anfrage, daß ein Vorkaufsrecht selbstverständlich keine Verpflichtung der anderen Seite zum Verkauf einschlicße. Er sei aber damit die Möglichkeit gegeben, zu verhindern, daß sich andere Mächte in dem Gebiete festsetzen, über das ein Vorkaufsrecht erworben sei. In den Verhandlungen mit Frankreich sei die Frage, ob Spanien die Neigung zu Abtretungen an uns habe, nicht erörtert worden. Die Verhandlungen waren dazu auch nicht die passende Gelegenheit gewesen. Die Spanier hätten in den Verhandlungen in dieser Frage bisher gleichfalls nicht geführt worden. Staatssekretär v. Aderlen-Wächter wies weiter darauf hin, daß Spanien nicht in der Lage sei, die Gebiete, auf die wir ein Vorkaufsrecht haben, anderen Mächten überlassen zu lassen. Von Liberia, von Ostafrika und Ostasien sei es nicht notwendig an der Abmachung betreffend Spanisch-Guinea, wie auch an der gesamten Kongopolitik der deutschen Regierung scharfe Kritik geübt. Die sogenannten Vorteile befinden in Wirklichkeit nicht. Aus der Kommission heraus wurde sodann die Frage des französischen Vorkaufsrechts auf Belgisch-Kongo berührt. Staatssekretär v. Aderlen-Wächter bemerkte dazu, daß die von diesem französischen Vorkaufsrecht eine ziemlich unrichtige Sache sei. Die Belgier hätten stets daran festgehalten, daß es sich hier um ein persönliches, nicht übertragbares Recht Frankreichs handle. Auf eine nähere Erörterung der Frage, ob man sich nicht einseitig einseitig über die Sache festsetzen, daß Deutschland aber keine feste Stellung dazu einnehmen, wenn einmal über territoriale Veränderungen im internationalen Kongobereich verhandelt werden sollte. Dieses Recht habe Frankreich der deutschen Regierung eingeräumt.

Auf eine Anfrage des Zentrums, ob Deutschland in Marokko wirtschaftliche Sonderrechte verlangt habe, die aber abgelehnt worden seien, erwiderte der Staatssekretär, es handle sich hierbei um ein falsches Gerücht, das folgendermaßen entstanden sei:

Zu Beginn des Jahres sei die französische Regierung an die deutsche Regierung mit dem Antrag herangetreten, die Ausdehnung des Abkommens vom Februar 1900 eine Vertiefung herbeizuführen. Der Gedanke war, daß die beiden Regierungen die Interessenten zu einer Verständigung untereinander anhalten sollte. Diejenige Gruppe, die jedesmal den Zuschlag erhielt, sollte 30 v. H. an die Gruppe des anderen Landes abgeben. Der französischen Regierung seien dann aber Bedenken gekommen, daß ihr im eigenen Lande Vorrechte wegen Begünstigung einer gewissen Gruppe gemacht werden könnten. Man habe dann lange Zeit nichts mehr von dieser Sache gehört. Es habe dann bekanntlich Ministerwechsel stattgefunden. Bei den Marokkoverhandlungen sei sodann von deutscher Seite auf die französische Regierung zurückgegriffen worden. Es wurde vorgeschlagen, daß bei Bauten, die ein französisches Interesse betrafen, den Franzosen 70 v. H., den Deutschen 30 v. H. zuzufallen sollten, umgekehrt in dem Minengebiet, wo deutsche Interessen vorwalten, den Deutschen 70 v. H., den Franzosen 30 v. H. Auch jetzt sei die Sache wegen gleicher französischer Bedenken nicht zustande gekommen. Die Verfolgung desselben Gedankens sei jedoch in der Note explizit die Bestimmung über die Rechte der Bahnen im Minengebiet. Auch hier sei geäußert, daß zunächst die Bahnen in S. S. gebaut werden. Damit erledigte sich die falsche Angabe, daß wir Sonderrechte verlangt, diese aber abgelehnt worden seien. Das Konjunktive geizig ist erst jetzt bekannt, daß der Staatssekretär ausdrücklich dem französischen Unterdeputierten erklärt, daß hinsichtlich der Rechte des Reichstags zu wahren seien.

Auf eine Anfrage eines fortgeschrittenen Kommissionsmitgliedes bezüglich der Schiffahrtsrechte, von denen im Marokko-Abkommen nicht die Rede sei, erklärte Ministerialdirektor Dr. Kriege, daß diese durch unseren Handelsvertrag mit Marokko gesichert seien, der

durch keinen einseitigen Akt Frankreichs geändert werden könne. Durch den Marokkovertrag hätten wir aber außer den bisherigen Garantien, die uns Marokko allein böte, noch eine zweite Garantie für unsere Meistbegünstigungsrechte erhalten, Frankreich selbst.

Auf die Anfrage eines Zentrumsmitgliedes, ob die deutschen Postanstalten in Marokko bestehen bleiben könnten, erwiderte Staatssekretär v. Aderlen-Wächter, daß einem Fortbestand dieser Postanstalten nichts im Wege stünde.

Nächste Sitzung Freitag.

### Der italienisch-türkische Krieg.

Merke vom Kriegsschauplatz.

Aus Tripolis meldet die „Agenzia Stefani“ unter dem 16. cr.: Das regnerische, stürmische Wetter dauerte in der vorletzten Nacht und am gestrigen Tage an. Die Arbeiten der italienischen Soldaten wurden jedoch ungehindert fortgesetzt. Die Berichte der Kundschafter sind voller Widersprüche. Keiner kann die vollständige Untätigkeit des Feindes gegenüber der früheren lebhaften Tätigkeit erklären. Ein aus Ain Zara angekommener Kundschafter bestätigt die Zusammenziehung türkischer und arabischer Streitkräfte in der Dole, kann aber deren Zahl nicht angeben. Der Gesundheitszustand der italienischen Truppen ist ausgezeichnet. Die Zahl der Kranken beläuft sich auf weniger als ein Prozent der Gesamtstärke. Auch die erkrankten Eingeborenen, etwa 70, werden in der Stadt selbst gepflegt. Zu Tobaruk wurden zwischen den Vorposten Schiffe geschickt; dort wurden Verstärkungen gelandet. Bei Derna kam es zu einem kleinen Zusammenstoß zwischen Patrouillen. Auch in Derna sind Verstärkungen an Land gegangen.

Recht der Frieden bevor?

Der türkische Gesandtschaftsträger in Wien erklärte der „Neuen Fr. Pr.“, daß ihm von einem bevorstehenden Frieden nichts bekannt sei. Es würde der Türkei gleichgültig sein, wenn Italien eine Zueil im Ägäischen Meere befehlen sollte. Auch von einem Abkommen zwischen der Türkei und Griechenland bezüglich Aetras sei ihm nichts bekannt.

### Die Revolution in China.

Wird China Republik?

Der Korrespondent des „New-York Herald“ in Peking hatte mit dem Sekretär Yuan-shikais eine längere Unterredung, in der dieser ihm bestätigte, daß die Nationalversammlung der im Aufbruch befindlichen Provinzen Yuan-shikai tatsächlich aufgefordert haben, die Präsidentschaft der Republik zu übernehmen. Yuan-shikai lehnte jedoch dieses Anerbieten mit der Begründung ab, daß er es für seine Pflicht halte, die Macht des chinesischen Reiches nicht dadurch zu schwächen, indem das Land in mehrere voneinander unabhängige Teile zerfällt. Yuan-shikai hält es für das Beste, wenn in China der Kaiserthron beibehalten wird, allerdings müßten die Rechte der kaiserlichen Regierung bedeutend eingeschränkt werden. Bevor Yuan-shikai weitere Schritte unternehmen wird, wird er erst die Beschlüsse der Deputierten abwarten, die aus den einzelnen Provinzen schon in den nächsten Tagen in Peking zusammenkommen werden, um über die jetzige Lage in China zu beraten und geeignete Maßregeln zu treffen, um so schnell als möglich die Revolution zu unterdrücken. Yuan-shikai ist bereit, sich vollkommen den Entschcheidungen dieser Deputiertenkommission zu fügen. An die Regierungskorps sind inzwischen der Befehl ergangen, nur dann von ihren Waffen Gebrauch zu machen, wenn sie von den Revolutionären angegriffen werden würden. 30 000 Soldaten zu den Revolutionären überzugeben. — Man erwartet eine große Schlacht. — Das Kabinett Yuan-shikai.

Nach Konjularberichten sind 30 000 Mann in Santschuan stehender Truppen zu den Revolutionären übergegangen, haben die Truppen in Tschingfang geschlagen und befinden sich jetzt auf dem Marsche nach Nanjing, wo eine große Schlacht erwartet wird.

Ein kaiserliches Edikt gibt bekannt, daß sich das neue Kabinett Yuan-shikai gebildet hat und veröffentlicht die Namen der Präsidenten und Vizepräsidenten dieses Portefeuilles. Das Kabinett enthält auch einige Mandchus, aber keine Wähler. — Auf die Einladung Yuan-shikais sind die Vertreter aller leicht erreichbaren Provinzen am 13. und 14. November in Santschuan zusammengetreten und haben über die Lage beraten. Im Anschluß daran hat Yuan-shikai die Konfuzius in Santschuan in Kenntnis gesetzt, daß die republikanischen Staaten Vertreter zu einer Zentralregierung gewählt hätten, die in Santschuan eingerichtet werde, und die Konfuzius dringend ersucht, die Vereinigten Staaten anzufragen.

Die schwierige finanzielle Lage. Die Russisch-Asiatische Bank in Santschuan hat den russischen Gesandten in Peking davon in Kenntnis gesetzt





Die RUMM in CURVENBERG... Die ZIRKEL... Die BODEN... Die BERLINER... Die BERLINER... Die BERLINER...

Berliner Börse, 16. Nov. 1911

Umsatzsumme: Fr. 1.700.000... Berlin. Bankdiskont 4 1/2... Privatdiskont 4 1/2...

Main table containing stock market data with columns for company names, stock types, and prices. Includes sections for 'Deutsche Lese', 'Schiffbau-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.

